

Reformen mit Licht und Schatten

Die mexikanische Regierung von Felipe Calderón arbeitet ihre *agenda* ab – Positionskämpfe der Parteien – Sorge um Wettbewerbsfähigkeit des Landes

Manche jubeln bereits über „Reformen der dritten Generation“, andere sehen eher einen Schlag gegen die fragile mexikanische Demokratie: Die Rede ist von der Wahlrechtsreform, die Senat und Abgeordnetenhaus Mexikos jetzt mit den Stimmen der drei großen Parteien PAN, PRI und PRD auf den Weg gebracht haben, um die mexikanische Verfassung in mehreren Artikeln zu ändern. Mehr als die Hälfte der Parlamente der mexikanischen Bundesstaaten muss das Projekt jetzt noch ratifizieren. Bis zum Ende des Jahres, so die ehrgeizige Absicht, soll das Ziel erreicht sein.

Sechs Themen waren es eigentlich, auf die sich die Debatte um Staats- und Wahlreformen in Mexiko nach übereinstimmender Meinung der Parteien konzentrieren soll: das Wahlrecht, den Föderalismus, das Regierungssystem, die Justiz, Fragen der sozialen Sicherheit und – als Basis für den handlungsfähigen Staat – die Neuordnung des Steuersystems. Angesichts der Kontroversen im Nachgang der Wahlen von 2006 ist es dabei verständlich, dass Fragen des Wahlrechts, der Wahlkampfstruktur und der Parteienfinanzierung an den Anfang gestellt wurden. Das gegen die Stimmen der *Grünen* und der Partei *Convergencia* beschlossene Konsenspaket enthält nun zum Teil einschneidende Neuerungen:

- So soll der überlange mexikanische Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen auf künftig 90 Tage begrenzt werden, für interne Vorkampagnen stehen den Parteien weitere 60 Tage zur Verfügung. Bei den alle drei Jahre stattfindenden „Zwischenwahlen“, bei denen über die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses entschieden wird, soll eine Wahlkampfzeit von 60 und eine Prekampagnezeit von 45 Tagen gelten.
- Den Parteien wird künftig der Kauf jeglicher Hörfunk- und TV-Werbung verboten. Kompensiert wird das durch die Nutzung der sogenannten „Staatszeit“ von 48 Minuten täglich in jedem Hörfunk- und TV-Kanal Mexikos, jeweils verteilt auf die Zeit zwischen 6 und 24 Uhr. In Blöcken von zwei bis drei Minuten pro Stunde soll sie künftig den Parteien seitens des Wahlinstituts IFE zugeteilt werden, 30 Prozent der zur Verfügung stehenden Zeit in gleichem Umfang für jede Partei, 70 Prozent analog ihrer jeweiligen Stärke bei den zurückliegenden Parlamentswahlen. In der Vorwahlzeit steht allen Parteien zusammen eine Zeit von 18 Minuten täglich zu, das Verteilungsmuster bleibt dasselbe. Unabhängige Kandidaturen können zwar zugelassen werden, Sendezeit erhalten solche Kandidaten allerdings nicht. Differenziert wird zwischen elektronischen und Print-Medien: in letzteren dürfen weiterhin Anzeigen geschaltet werden.

Die „Staatszeit“ geht auf das Jahr 1968 und die Regierung des Präsidenten Gustavo Díaz Ordaz zurück, der sich von den Medien schlecht behandelt fühlte. So dekretierte er innerhalb des Haushaltsgesetzes des Jahres 1969 eine spezielle Umsatzsteuer für die Hörfunk- und Fernsehbetreiber von 25 Prozent, nur, um diese später in „Naturalien“ sprich Sendezeit abgelten zu lassen. Für die staatlichen Konzessionen, auf deren Basis die Sender arbeiten, werden in

Mexiko keine Gebühren erhoben. Geeignet hat man sich schließlich auf einen staatlichen Anteil an der Sendezeit von 12,5 Prozent, 7,5 Minuten pro Stunde. Die Konzessionäre wehrten sich dadurch, dass sie die staatlichen Beiträge zu Zeiten sendeten, in denen ohnehin kaum mit Zuschauern und Zuhörern zu rechnen ist. Im Jahr 2002 wurden die Regelungen in den Ausführungsbestimmungen zum Bundeshörfunk- und Fernsehgesetz (*Ley Federal de Radio y Televisión*) etwas modifiziert: Die „Staatszeit“ wurde reduziert, allerdings in *rating*-trächtigere Tageszeiten festgeschrieben. Die Unternehmer hatten sich seinerzeit nicht gegen diese Regelungen gewehrt, wurden Konzessionen zu PRI-Zeiten doch vor allem als politische Gunstbeweise gewährt. Darunter leidet natürlich heute die Argumentation des Unternehmervverbandes CIRT (*Cámara de la Industria de la Radio y la Televisión*), die im neuen Gesetz eine „Enteignung“ sieht.

- Exekutive, Legislative und Judikative dürfen künftig in Wahlkampfzeiten keinerlei Werbung in Hörfunk und Fernsehen ausstrahlen, von wenigen klar definierten Ausnahme abgesehen.
- Privaten oder korporativen Dritten ist es künftig komplett verboten, politische Werbung in Hörfunk- und Fernsehen zu schalten. Ausgangspunkt waren unerlaubte Interventionen des Unternehmervverbandes in den Wahlkampf 2006. Die neue Regelung aber immunisiert Parteien und Wahlkämpfer geradezu gegenüber externer Kritik und schränkt die Meinungsfreiheit nicht unerheblich ein.
- Für die Bemessung der Parteienfinanzierung wird künftig die Zahl der in Bundeswahlregister (*padrón*) eingetragenen Wähler mit 0,65% des täglichen Mindestlohns multipliziert (derzeit im D.F. 50,57 Pesos). Damit gibt es eine Obergrenze und die Zuschüsse an die Parteien steigen nicht mit der Zahl der Parteien. Allerdings ist gleichzeitig eine Erhöhungsdynamik eingebaut. Allein von der Überprüfung des *padrons* verspricht man sich eine Reduktion um zwei Millionen Wähler, die inzwischen verstorben sind, und damit eine Einsparung von sechs Millionen Dollar jährlich. Wieder sollen 30 Prozent der Gesamtsumme gleichmäßig unter allen Parteien aufgeteilt werden, 70 Prozent analog des letzten Wahlergebnisses zum Abgeordnetenhaus. In Wahljahren sollen die Obergrenzen, die Kandidaten in ihre Kampagnen investieren dürfen, abgesenkt werden: die Zuschüsse für Präsidentschaftswahlen sinken um 50 Prozent, die für Zwischenwahlen um 70 Prozent.
- Verboten ist den Parteien künftig die sogenannte „Negativkampagne“, herabsetzende Aussagen über den politischen Gegner: Entsprechende Spots können künftig nach Überprüfung durch das Wahlinstitut IFE direkt verboten und aus dem Verkehr gezogen werden, eine Regelung, die ansatzweise schon im Wahlkampf 2006 auf Geheiß des Wahlgerichts angewendet wurde, zweifelhaften Interpretationen allerdings Tür und Tor öffnet.

Weitere Änderungen betreffen die Zusammensetzung des Wahlinstituts IFE und den Wahlmodus:

- Ein Übergangartikel sieht die schrittweise Abberufung der zur Zeit amtierenden IFE-*consejeros* und den Übergang zu einem Verfahren vor, dass die Mitglieder

künftig nicht komplett wählt, sondern in Etappen. Der Vorsitzende des IFE wird künftig auf sechs Jahre mit einmaligem Wiederwahlrecht gewählt, die weiteren acht Mitglieder einmalig auf neun Jahre. Vorschlagsrecht haben die Parteien. Die Wahl erfolgt mit mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Abgeordnetenhauses. Das heißt jetzt konkret, dass der amtierende Präsident des IFE und zwei „consejeros“ Ende 2007 ihren Platz räumen sollen, weitere drei im August 2008 und die letzten drei im Oktober 2010. Momentan sind alle Mitglieder des Gremiums noch bis 2010 gewählt.

- Das IFE erhält zusätzliche Prüfungsrechte zur Transparenz der Parteifinanzen, hierfür wird sogar das Bank- und Steuergeheimnis aufgehoben. Allerdings wählt das Parlament einen sogenannten „fiscalizador“, der wiederum das IFE überprüft. Eine nicht unproblematische Regelung: Die vom IFE zu Überprüfenden entscheiden damit direkt über die Aufsicht ihrer eigenen Prüfungsinstanz.
- Die Bürger erhalten ein Gegendarstellungsrecht mit Verfassungsrang.
- Unabhängige Kandidaturen werden nicht per Verfassung ausgeschlossen, können aber nach wie vor durch „leyes secundarias“ eingeschränkt werden. Auch sehen die Fragen der Finanzierung und des Medienzugangs hinreichend Hindernisse für solche neuen Wettbewerber vor. Die Hürden für die Zulassung neuer Parteien bleiben ebenfalls hoch.
- Wahlen auf lokaler und regionaler Ebene sollen künftig in Jahren ohne Präsidentschafts- bzw. Zwischenwahlen geschlossen am 1. Sonntag im Juli stattfinden. Damit will man die Flut von Wahlkämpfen begrenzen, die nach Meinung von Beobachtern ihren Teil an zurückgehenden Wahlbeteiligungen in Mexiko tragen.
- Gestärkt wird das Wahlgericht, das auf nationaler und regionaler Ebene zu einer dauerhaften Einrichtung wird. Die Mitglieder werden künftig auf Vorschlag des Obersten Gerichts mit Zwei-Drittel-Mehrheit des Senats gewählt.
- Verboten ist künftig die Einmischung von Gewerkschaften in das Leben der politischen Parteien, ein klarer Bezug auf die besondere Rolle, die die Lehrgewerkschaft SNTE unter ihrer Führerin Elba Esther Gordillo derzeit in Mexiko spielt.

Viel Zündstoff also, vor allem mit Blick auf die vorzeitige Abberufung der jetzigen IFE-Führung und die Medienregelungen. Nicht nur manche der unmittelbar Betroffenen sehen in ersterem einen Racheakt der unterlegenen PRD, sekundiert von einer PRI, die eine Nähe verschiedener *consejeros* zu ihrer früheren Generalsekretärin und Fraktionsvorsitzenden Elba Esther Gordillo beklagt, die im Zuge des Wahlkampfes aus der Partei ausgeschlossen wurde. IFE-Chef Luis Carlos Ugalde ging soweit, in einem solchen Verfahren nachträglich die Bestätigung derer zu sehen, die das Wahlergebnis 2006 als illegitim und den Wahlprozess als manipuliert gesehen hatten. Die PAN ihrerseits war – viele Abgeordnete stimmten allerdings nur unter erheblichem Druck aus Regierungskreisen zu - konzessionsbereit, verknüpfte doch gerade die PRI, einmal mehr das Zünglein an der Waage, ihre Zustimmung zu der der Regierung wichtigen Steuerreform und anderen zentralen Projekten mit einem Kompromiss beim Wahlrecht.

Einmal mehr zeigte sich der geringe Handlungsspielraum des Präsidenten, will er sichtbare Fortschritte erzielen. Für die Analystin Denise Dresser ist der Fall klar: „Das Problem ist heute nicht ein Präsident mit zu viel Macht, sondern ein Präsident, der nicht innerhalb demokratischer Spielregeln nicht über die notwendigen Instrumente verfügt. Der allmächtige *tlatoani* hat sich in einen eingeschnürten Führer der Exekutive verwandelt, der mit übelriechenden PRIistas verhandeln muss, weil ihm keine andere Wahl bleibt.“

Über solche durchsichtigen Motive hinaus aber bleibt das Grundproblem: welche Unabhängigkeit wird ein „neues IFE“ noch für sich verbuchen, wenn seine Mitglieder auch für die Zukunft mit solcherart Sanktionen rechnen müssen, je nachdem, wem gerade ein Wahlergebnis nicht gefällt, noch dazu, wenn als Teil der Reform oberhalb des IFE ein parlamentarischer Kontrolleur installiert wird. Warum, so eine weitere Frage, soll ein Institut, das innerhalb der geltenden Regeln 2000 den vielbeachteten Übergang vom PRI-System zum Machtwechsel vollbrachte und nicht nur in Lateinamerika als vorbildlich angesehen wurde, plötzlich untauglich geworden sein? Warum sollten sich Reformen nicht innerhalb des vorgegebenen Rahmens bewerkstelligen lassen? Mehr noch: was heisst ein solcher Eingriff in die Institution IFE für andere mit Unabhängigkeit ausgestattete Institutionen, zum Beispiel die Bank von Mexiko oder den Obersten Gerichtshof?

Da scheint es weniger schwer zu wiegen, dass Pessimisten für die Zwischenwahlen 2009 schon eine unheilige Allianz aus PRI und PRD voraus gesehen hatten – eine mögliche gemeinsame Wahlanfechtung inklusive -, sollte sich bis dahin die Zusammensetzung des IFE nicht ändern und die Ergebnisse zum Missfallen der genannten Parteien reichen. Ein Dilemma. Mehr allerdings offenbar für die Parteien als für die Bürger: Bei denen sind nach einer aktuellen Umfrage von *BCG Ulises Beltrán y Asociados* nur 31 Prozent der Meinung, dass die *Consejeros* abgelöst werden sollten. Ihr Vertrauen in das IFE ist zudem doppelt so hoch wie das in die politischen Parteien (55% zu 27%).

Fortschritte und Unausgegorenes

Geeint hat die Parteien ein gewisser Zorn auf die faktische Macht der in Mexiko oligopolistisch organisierten Unternehmen im Bereich der audiovisuellen Medien. Regelrecht als Vasallen des Medienzugangs sehen sich viele Politiker und die Schlappe des sogenannten *Ley Televisa* sitzt noch tief: Mitten im Wahlkampf 2006 war auf Druck vor allem von *Televisa* und *TVAzteca* eine neue Mediengesetzgebung verabschiedet worden, die diese Anbieter enorm begünstigte und vor künftigen Wettbewerb abschottete. Keine Partei glaubte damals, sich diesen Pressionen entziehen und Nachteile bei der Wahlkampfberichterstattung in Kauf nehmen zu sollen. Anschließend allerdings klagten Senatoren aller Parteien – das Oberste Gericht gab ihnen Recht und kippte Anfang 2007 wesentliche Teile des Gesetz wegen Unvereinbarkeit mit der Verfassung. Sich jetzt dem Mediendruck und den in der *Camara de la Industria de la Radio y la Televisión* zusammengefassten Interessen widersetzt zu haben, wird von den Parlamentariern als regelrechter Befreiungsschlag empfunden und entsprechend gefeiert. Leider wird parallel jeder, der die Regelungen kritisiert, schnell als Handlanger der Unternehmerlobby diffamiert, die natürlich finanzielle Einbußen hinnehmen muss: Rund 70 Prozent ihrer Wahlkampfbudgets investierten die Parteien – wie anderswo auch - vornehmlich in TV-Werbung, sehr zur Freude der beiden großen Senderketten *Televisa* und *TVAzteca*. Ihnen stünden Einnahmeausfälle von hunderten von Millionen Dollar jährlich ins Haus, sollte das neue Gesetz wirklich Realität werden.

Fraglich ist allerdings, wer von der Neuregelung wirklich begünstigt würde. Wahlkampfspots sind schließlich in Zeiten der Mediendemokratie einer der wenigen direkten Zugänge von Parteien und Kandidaten zum Bürger. Während sich Regierungen im redaktionellen Programm schon aus strukturellen Gründen ausführlich präsentieren können, bleibt der Opposition dieser Weg oft verschlossen. *Spots*, so zeigen es Umfragen und Mediennutzungsdaten deutlich, haben zudem eine ungleich größere Reichweite als etwa Nachrichtenprogramme, auch werden sie entgegen gängiger Vorurteile von den Rezipienten durchaus als informativ für die eigene Wahlentscheidung empfunden. Auch wäre mit einem solchen Verbot ein Grundübel politischer mexikanischer Medienwerbung nicht zu beseitigen: die sogenannten „Paketlösungen“ oder *paquetazos*, bei denen etwa Gouverneure von Bundesstaaten auch außerhalb der Wahlkampfzeiten nicht nur direkte als Werbung erkennbare Sendezeit kaufen, sondern mit den Sendern diskrete Verabredungen darüber treffen, wie sie im Rahmen des Pakets auch in den redaktionellen Teil gelangen.

Noch problematischer die Forderung, sogenannte „Negativkampagnen“ unterbinden zu wollen, ein Wunsch, der Zensur leicht Tür und Tor öffnet. Der vergangene mexikanische Wahlkampf und die Entscheidung des Wahlgerichts gegen bestimmte Parteienwerbung lieferte dafür schon einen Vorgeschmack. Wer etwa entscheidet, wo die Grenze kontrastierender Darstellung überschritten wird? Warum etwa sollte die subjektive Meinungsäußerung „Kandidat X – eine Gefahr für unser Land“ anfechtbar sein, die Aussage „Kandidat X – die Rettung für unser Land“ aber nicht? Inhaltsanalysen nicht zuletzt aus den in dieser Frage überaus erfahrenen USA zeigen zudem, dass unhaltbare Wahlversprechen deutlich häufiger vorkommen als Negativspots, die es mit der Wahrheit nicht so genau nehmen: denn schließlich hat die Gegenpartei immer die Möglichkeit der Reaktion, der Angreifer läuft Gefahr, bei Lügen erappt zu werden und den Meinungsstreit zu verlieren. So populär also die Forderung nach mehr Positivem und mehr Programmatischem auch ist, so unausgegoren ist sie auch.

Wirklich zentrale Probleme des mexikanischen Wahlsystems wurden von den Parlamentariern hingegen gar nicht erst angegangen, allen voran das geltende Verbot der direkten Wiederwahl von Abgeordneten und Bürgermeister. Steht es auch in der Tradition der mexikanischen Revolution und erfreut sich als populärer Demokratiemythos öffentlicher Zustimmung, stärkt es letztlich doch nur die Parteienführungen und bewirkt das Gegenteil dessen, was sich der Bürger eigentlich wünscht: eine Kontrollmöglichkeit gegenüber den Parlamentarier. Sie nämlich kann er mit Wieder- oder Abwahl nicht sanktionieren, ihre politische Zukunft liegt allein in den Händen derer, die den internen politischen Arbeitsmarkt kontrollieren und darüber entscheiden, wessen Karriere sich nach drei Jahren Abgeordnetenmandat lückenlos fortsetzt. Da ist es für jeden Politiker ungleich rationaler, auf gute innerparteiliche Vernetzung zu achten statt Zeit in die Niederungen des eigenen Wahlkreises zu investieren. Auch Fragen wie die Verkleinerung des Parlaments, die Auswahl der Listenkandidaten oder die Hürden zur Registrierung von Parteien bleiben außen vor.

Ein weiterer Schritt: die Steuerreform

Eine weitere wichtige Reform brachte das Abgeordnetenhaus, wieder im Konsens von PAN und PRI, fast zeitgleich am 13. September auf den Weg: das Steuerpaket. Im Zentrum steht eine einheitliche Unternehmensumsatzsteuer, die schrittweise von 16,5 Prozent im Jahr 2008 auf 17,5 Prozent im Jahr 2010 steigen soll, die sogenannte „Impuesto Empresarial a Tasa Unica“ (IETU). Dass soll rund 100 Millionen Dollar

jährlich mehr in die Staatskassen spülen und die Abhängigkeit von den Öleinnahmen reduzieren – die ursprünglichen Pläne des Finanzministers waren allerdings ungleich ambitionierter. Auch wird eine Steuer auf Bareinzahlungen oberhalb von 25.000 Pesos erhoben, eine Kontrollsteuer insbesondere mit Blick auf den informellen Sektor. Die Mineralölsteuer soll ebenfalls steigen, um 5,5 Prozent. Überproportional von Mehreinnahmen profitieren werden wohl die Bundesstaaten, ein Geschenk nicht zuletzt an die 18 Gouverneure der PRI, die sich in Einigkeit mit ihren Kollegen von den anderen Partei stets weigern, selbst unpopuläre Steuerentscheidungen zu treffen und mehr Kompetenzen auf diesem Sektor zu bekommen.

So bleibt der Kompromiss hinter dem dramatischen Reformbedarf zurück, den Finanzminister Agustín Carstens seiner *Reforma Integral de la Hacienda Pública* zugrunde gelegt hat. Carstens prognostizierte für Mexiko im Jahr 2008 ohne Steuerreform ein Wachstum von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, mit Steuerreform sollen es 3,7 Prozent werden: nicht gerade eine dramatische Initiative zur Stimulierung von Wachstum und Beschäftigung und für ein Schwellenland im internationalen Vergleich ohnehin viel zu wenig. Viele Tabus behindern die Debatte: So sind sich Experten durchaus einig, dass die Ausnahmetatbestände für die einnahmefähige Mehrwertsteuer drastisch reduziert werden müssten, politisch mehrheitsfähig aber ist das nicht. So hat Mexiko sicher auch weiterhin mit gerade einmal rund zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts die geringste Steuerquote aller OECD-Mitgliedern, bei Ländern wie Deutschland etwa liegt sie bei rund 30 Prozent. Gleichwohl bleibt der Ölverkauf auf absehbare Zeit die wichtigste Einnahmequelle des mexikanischen Staates: 78 Milliarden Dollar erbrachte er 2006, auf dem zweiten Platz folgten mit rund 23 Milliarden die Überweisungen der Auslandsmexikaner aus den USA - Mexiko ist damit das erste Empfängerland dieser „remesas“ in Lateinamerika – ausländische Direktinvestitionen folgen dann mit 18 Milliarden und der Tourismus mit knapp 11 Milliarden Volumen.

Das *Wall Street Journal Americas* würdigte die Initiative mit den Worten: „Die Annahme bedeutet einen Sieg für den Präsidenten Felipe Calderón. In seinem ersten Jahr der Presidentschaft, hat der konservative Regierungschef mehr zentrale Gesetzesvorhaben durchgesetzt als sein Vorgänger Vicente Fox in den sechs Jahren seines Mandats.“ (14.9.2007) Politikberater Luis de la Calle relativierte allerdings an gleicher Stelle: „Wenn das der Auftakt zu weiteren Reform ist, ist es ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn es die letzte Reform bleibt, war sie nichts wert.“

„Die Transformation Mexikos ist möglich“, hatte Präsident Calderón selbst in seiner ersten Regierungserklärung am 1. September formuliert und sieht sich durch die Verabschiedung der jüngsten Reformvorhaben in seiner Politik der kleinen Schritte bestätigt. Im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger Vicente Fox kann er Vorhaben seiner Regierungsagenda nach und nach abhaken, auch wenn sie letztlich nicht ganz dem entsprechen, was er selbst für notwendig halten mag. Regierungsfähigkeit hat er so im ersten Jahr seiner Amtszeit unter widrigen Bedingungen unter Beweis gestellt. Der Verzicht auf Maximalpositionen, die Fähigkeit, mit politischen Wettbewerbern Kompromisse zu schließen, die Entschlossenheit, mit kraftvollen Entscheidungen auf dem Felde der inneren Sicherheit Spielraum und Ansehen zu gewinnen, all das spricht nicht nur für seine Fähigkeiten als Politikmanager.

Reform des ISSSTE

Gelungen war der Regierung nämlich schon im ersten Quartal des Jahres eine Reform des Sozialversicherungssystems für die Staatsbediensteten ISSTE – gegen heftigen und weiter anhaltenden Widerstand der Betroffenen. Die Gesetzesänderungen wurden einmal mehr gegen den Widerstand von PRD und Gewerkschaften, aber in Übereinstimmung von PAN, PRI, PANAL, PVEM beschlossen. Gesetz wurde der Übergang zu einem System individueller Konten für alle neuen Versicherten – für die jetzigen Pensionäre ändert sich nichts, für bereits beim Staat Beschäftigte besteht für eine Übergangszeit eine Wahlmöglichkeit zwischen dem Verbleib im alten System oder einem Übergang zur neuen Pensionskasse. Zu beiden tragen Staat und Versicherte jeweils rund sechs Prozent des jeweiligen Monatseinkommens bei. Die Mindesthöhe der Pensionen wird auf zwei Mindestlöhne, aktuell 3034 Pesos festgelegt (im allgemeinen Sozialversicherungssystem IMSS beträgt diese Mindesthöhe nur 1,3 Mindestlöhne). Der heutige Pensionsbeginn von 48 Jahren bei Frauen und 50 Jahren bei Männern steigt schrittweise bis zum Jahr 2028 auf 58 Jahre für Frauen und 60 Jahre bei Männern. Neu ist auch, dass auf den Individualkonten angesparte Beträge beim Ausscheiden aus dem Staatsdienst zur neuen Pensionskasse eines anderen Arbeitgebers mitgenommen werden können.

Dies wird den Staat zunächst Geld kosten, langfristig aber die Finanzierbarkeit des Rentensystems sichern. Schon jetzt betragen die Verbindlichkeiten des Staates gegenüber den Versicherten 400 Milliarden Dollar, mit steigender Tendenz. Dabei wirkt sich die Tatsache, dass Staatsbedienstete spätestens mit 55 Jahren in Rente gehen können, besonders negativ aus. Hinzu kommt, dass es kein Mindestalter dafür gibt, die Rente in Anspruch nehmen zu können. In den vollen Genuss kommen also auch schon Pensionäre, die bereits mit 50 in Rente gehen. Auch stehen die Beiträge in keinem vernünftigen Verhältnis zur Höhe der Rente – die Differenz gleicht der Staat aus. Ohne Änderung hätte der Staat allein dieses Jahr 42 Milliarden Pesos ins System abführen müssen, mit einer jährlichen Steigerung von mindestens sechs Milliarden. Ein klarer Weg in den Staatsbankrott. Das alte System war längst kollabiert: In der gleichen Zeit, in der die Zahl der ISSTE-Rentner um 600 Prozent gestiegen ist, stieg die Zahl der Beitragszahler nur um 50 Prozent.

Gewerkschaftsschätzungen gehen nun davon aus, dass nach der Umstellung auf individuelle Pensionskonten die Höhe der Pensionen nur etwa 35 Prozent des früheren Einkommens erreicht. Besonders besorgniserregend ist aber, dass nach Angaben der Wirtschaftsfakultät der UNAM mehr als 26,7 Millionen Arbeiter im Land ohne jegliche Pensionsleistungen bleiben und auch keinen gesicherten Zugang zum Gesundheitssystem haben. 60 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung, so Luis Lozano Arredondo, Elizabeth Arriaga Arroyo und David Lozano Tovar in ihrer Analyse, blieben vollkommen ohne Arbeitgeberleistungen für die sozialen Sicherungssysteme. Die Tendenz sei aufgrund der Zunahme „prekärer Beschäftigungsverhältnisse“ steigend. Das „normale“ Rentensystem IMSS war bereits seit längerem auf Pensionsfonds umgestellt worden.

Kampf um Wettbewerbsfähigkeit

Die Anhänger eines modernen Mexikos mit Ambitionen – gerade betreibt man die Kandidatur für eine erneute temporäre Mitgliedschaft im Weltsicherheitsrat und will nicht nur in Lateinamerika eine größere Rolle spielen – sehen trotz dieser Erfolge auf die Fakten und mahnen weitergehende Reformen an. Dringend muss sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes verbessern. Nach den neuesten Untersuchungen des Internationalen Währungsfonds nimmt Mexiko mittlerweile unter

den Volkswirtschaften der Welt nur noch Platz 15 (von 182 untersuchten Ländern) ein. Zudem liegt es beim Indikator „Bruttoinlandsprodukts pro Kopf“ nur auf Rang 58. Gegenüber 1994, dem letzten Jahr vor der dramatischen Wirtschafts- und Schuldenkrise, ist Mexiko damit um 10 Plätze abgerutscht. Bei den größten Volkswirtschaften der Welt lag man noch im Jahr 2000 auf Rang 11. Dies alles zeigt, dass Mexiko zwar wächst, gegenüber wichtigen Wettbewerbern aber an Boden verliert. Nach Angaben des FMI wird das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Mexikaner im laufenden Jahr 7755,69 Dollar betragen. Besonders besorgniserregend ist, dass der relative Abstieg mit den Jahren zusammenfällt, in denen die Öleinnahmen gewaltig gestiegen sind und Mexiko nicht erwartete Zusatzeinnahmen aus seiner staatlich organisierten Ölindustrie ziehen konnte, parallel erreichten die Überweisungen der Auslandsmexikaner Rekordhöhen. Allerdings wurden in dieser Zeit in ersten Linie die öffentlichen Konsumausgaben gesteigert, notwendige Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionen im zentralen Öl-Sektor erfolgten in unzureichendem Maße oder wurden von der staatlichen Ölgesellschaft PEMEX durch Kredite finanziert. Die Schuldenlast ist mittlerweile besorgniserregend.

Beeinträchtigt wird die Wettbewerbsfähigkeit des Landes vor allem durch die nach wie vor bestehenden Monopolstrukturen in wichtigen Sektoren. Beunruhigt durch den relativen Bedeutungsverlust des Landes legt der Präsident der nationalen mexikanischen Wettbewerbskommission, Eduardo Pérez Motta den Finger in die Wunde: „Die OECD bewertet die mexikanischen Telefonarife gerade für Kleinunternehmen als die höchsten unter allen Mitgliedern der Organisation. Die mexikanischen Transportkosten sind doppelt so hoch wie die in den Vereinigten Staaten, gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Die Mexikaner zahlen vergleichsweise hohe Kosten für Elektrizität und Gas, und die Penetration mit Bankfilialen ist im Vergleich zu Lateinamerika und der entwickelten Welt rückständig. Alle diese Sektoren beeinflussen direkt die Kosten der Unternehmen und ihre Ineffizienz ist ein Schaden für die gesamte Wirtschaft mit ihren hohen Kosten und ihrer geringen Produktivität.“ Es bedürfe, so Pérez Motta, endlich der Einführung einer „wirklichen Marktwirtschaft“.

Augenfällig ist nach wie vor die soziale Ungleichheit in Mexiko. Im jüngsten „Report zur Menschlichen Entwicklung 2006“ der Vereinten Nationen landet Mexiko auf dem 103. Platz von 126 untersuchten Ländern. Im vergangenen Jahr konzentrierten sich 39,4 Prozent der Einkommen in den Händen der oberen zehn Prozent der mexikanischen Haushalte, während die unteren zehn Prozent lediglich über 1,6 Prozent der Einkommen verfügen konnten. Die Einkommen der ersteren Gruppe überstiegen die der letzteren um das 24,6 fache. In den USA liegt dieser Wert bei 15,9, in Kanada bei 9,4 und in Japan bei 4,5. In der Platzierung allerdings liegen auch andere lateinamerikanische Länder nicht besser, im Gegenteil: Venezuela findet sich auf Rang 97, Argentinien auf 108, Chile auf 110, Brasilien auf 117 und Bolivien bildet das Schlusslicht auf Platz 126. Hier topt das Einkommen der reichsten zehn Prozent das der ärmsten zehn Prozent um das 168,1fache!

Die „heilige Kuh“ PEMEX

Neue Aktualität hat bei all dem die Debatte um die Zukunft der nationalen Ölgesellschaft PEMEX und die Ordnung des gesamten Energiesektors gewonnen, nachdem deren Führung und Präsident Calderón schonungslos die Lage analysiert und besorgniserregende Zahlen vorgelegt hatten. Nach diesen gehen die mexikanischen Ölreserven schneller als erwartet zur Neige, vor allem dann, wenn neue Erschließungen ausbleiben. Nach einem Bericht von PEMEX selbst ist Mexiko zwischen 1995 und

2006 vom siebten auf den fünfzehnten Platz der Länder mit den größten nachgewiesenen Ölreserven zurückgefallen. Diese Nachricht und der Hinweis, dass die Reserven nur noch für 9,6 Jahre reichen, hat erhebliche Auswirkungen auf die internationale Kreditwürdigkeit der stark überschuldeten PEMEX.

Diese Analyse selbst wird in keinem politischen Lager bestritten, streitig ist allerdings, wie darauf reagiert werden kann. So ist es gerade für die langjährige „Staatspartei“ PRI ebenso wie für ihre Linksabspaltung PRD ein Tabu, über Privatisierungen oder Teilprivatisierungen der weitverzweigten PEMEX-Engagements auch nur nachzudenken, der staatliche Energiesektor bildet – auch das in Lateinamerika keine Ausnahme – so etwas wie die „heilige Kuh“ auf dem ideologischen Bauernhof Mexikos. Calderóns Wahlkampfgegner López Obrador hat, in trauter Eintracht mit der überaus privilegierten PEMEX-Gewerkschaft, schon angekündigt, Privatisierungsinitiativen mit der „Lahmlegung des Landes“ zu beantworten – in Inhalt und Rhetorik keine wirkliche Neuigkeit. Die Reform des Sektors hat man – im Einverständnis der Parteien – auf das Jahr 2008 vertagt, hinter die Beratungen zur sicher ebenfalls überfälligen Justizreform. Bewusst verzichtet die Regierung Calderón mangels Verbündeter auf Konfrontationen, schürt das öffentliche Nachdenken mit den dramatischen Fakten und überlegt ansonsten, wie man unterhalb der Aufregungsschwelle „Privatisierung“ PEMEX zu mehr Wettbewerbsfähigkeit verhelfen kann, z.B. durch die Genehmigung strategischer Allianzen mit internationalen Ölkonzernen, etwa staatlichen aus anderen lateinamerikanischen Ländern. Auch hier also: Eher Machbares als Wünschbares.

Bewusst bemüht sich Calderón dabei um ein mindestens befriedigendes Auskommen mit den wichtigsten Gewerkschaftszentralen, bewusst sucht er bei Ihren Veranstaltungen den Schulterchluss. Ein weiteres zentrales Thema seiner Reformagenda, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes aber, wird dabei bewusst ausgeklammert. Er ist sich der Schmerzgrenze der Gewerkschaften wohl bewusst und respektiert sie, obwohl ihr Einfluss schwindet. Korruption, mangelnde Transparenz, fehlende innergewerkschaftliche Demokratie, all das sind Faktoren, die den Sektor nachhaltig schwächen. Wirklich stark sind Gewerkschaften in Mexiko fast nur noch im staatlichen und parastaatlichen Bereich. Da treiben sie gewaltig die Kosten und erlangen Privilegien, die die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen und Mexikos insgesamt stark beeinträchtigen. So sind etwa die Einkommen der PEMEX-Beschäftigten im Schnitt 71 Prozent höher als die der vergleichbaren durchschnittlichen mexikanischen Beschäftigten, so eine Weltbank-Studie. Um 30 Prozent über dem Durchschnitt liegen die Gehälter im Bereich Telekommunikation.

Innere Sicherheit: Das Problem Nummer eins

Währenddessen bleibt für die Bevölkerung das Thema innere Sicherheit die Hauptsorge, noch vor Arbeitslosigkeit und Armut. Deutlich nimmt sie dabei die Zunahme der mit dem Drogenhandel verbundenen Gewalt wahr: 73 Prozent der Mexikaner sehen dies so, wobei 40 Prozent als Grund angeben, durch die stärkere Präsenz des Staates seien die Kartelle gezwungen, ihre Territorien zu verteidigen, ganz in der Argumentation von Richard Bauer in der *Neuen Zürcher Zeitung* (25.5.2007): „Während der Zeit der meisten Regierungen des Partido Revolucionario Institucional (PRI) arrangierte sich der Staat auf zentraler Ebene mit den Drogenkartellen. Er „verhandelte“ die Geschäftsbedingungen mit den Narcos und sorgte so für eine oberflächliche Ruhe in weiten Teilen des Landes. Mit Fox wurde das Herrschaftsmonopol des PRI gesprengt, und die zentrale politische Lenkung fiel plötzlich weg.“

Immerhin 36 Prozent der Mexikaner aber sprechen sogar davon, dass die Kartelle den Kampf gegen den Staat gewinnen. 20 Prozent sehen als Grund den Kampf zwischen den Drogenbanden. Insgesamt aber gab es in diesem Jahr schon wieder über 1000 Morde, die im Zusammenhang mit dem *narcotráfico* gesehen werden. Unter den Toten sind viele Angehörige von Polizei und Militär, das von der Regierung mittlerweile in zahlreichen Bundesstaaten direkt zum Anti-Drogenkampf eingesetzt wird. Bisher war der höchste Blutzoll in Bundesstaaten wie Guerrero und Michoacán zu entrichten, aber auch das nördliche Nuevo Leon mit seiner Industriemetropole Monterrey gehört nun zu den Hauptschauplätzen. Präsident Calderón selbst hat in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters eingeräumt, zahlreiche Drohungen des organisierten Verbrechens gegen sich und seine Familie erhalten zu haben. „Dies ist ein Krieg, ein langer Krieg“, sagte Calderón, zu dem es allerdings keine Alternative gebe.

Viel Lob bekommt die neue mexikanische Regierungspolitik nach wie vor aus den USA schreckt sie doch auch vor einem überall in Lateinamerika wenig populären Mittel nicht zurück: der Auslieferung von in Drogenkriminalität verstrickten Landsleuten an den Nachbarn im Norden. „Überaus mutig“ nannte Washington etwa die spektakuläre Überstellung von gleich 15 in Mexiko einsitzende Drogengangstern der bekanntesten Kartelle, unter ihnen der Chef des Golfkartells Osiel Cárdenas Guillén. Mexiko, so die Botschaft Calderóns, macht seine Hausaufgaben und hofft damit gleichzeitig auf Entgegenkommen der anderen Seite in wichtigen Fragen, zum Beispiel in der Migrationsdebatte oder möglichen Reformen des Freihandelsabkommens NAFTA.

Zugrunde liegen dem Handeln der Regierung allerdings überaus alarmierende Zahlen. So findet sich im aktuellen „Drogenreport“ des US-Außenministeriums der Hinweis, dass in Mexiko „die Gewalt, die Korruption und der interne Drogenkonsum gestiegen“ seien. Mexiko ist nach diesem Bericht das bedeutendste Transitland für Drogen, die in die USA gelangen, so etwa für 90 Prozent des Kokainkonsums. Nach Großbritannien wird Mexiko zudem als zweitgrößtes Importland für Basisstoffe synthetischer Drogen genannt. Auch sei es zentral für die Geldwäsche von illegal im US-Drogenhandel erworbenen Vermögens. Nach Worten des mexikanischen Generalstaatsanwalts Eduardo Medina Mora dienen die Aktionen dazu, die Souveränität Mexikos über sein Territorium wiederherzustellen bzw. diese nicht in wichtigen Teilen Mexikos an das organisierte Verbrechen zu verlieren. Immer wieder hatten sich Gouverneure in jüngerer Zeit mit Hilferufen an die Bundesregierung gewandt: Ihre eigene Landes- und Kommunalpolizei, so die Botschaft, werde der Lage nicht mehr Herr.

Der Kampf der Kartelle um Einfluss und um die Kontrolle der rentablen Vertriebswege der Drogen hat längst auch den einfachen Bürger erreicht. Schon im Sommer des vergangenen Jahres schrieb die Zeitung *El Universal* in einem Leitartikel: „Die Auseinandersetzungen sind längst nicht mehr sporadisch, sondern permanent und immer brutaler. In den großen Städten des Landes lebt die Bevölkerung in Angst vor der Unsicherheit und gewöhnt sich an den Lärm von Maschinengewehren und Granaten in den Straßen, Restaurants, Einkaufszentren und Wohnvierteln. Diesbezüglich ist nichts besser geworden, im Gegenteil, alles ist schlechter.“ Der damalige Vorsitzende des Obersten Agrargerichtshofes Mexikos (TSA), Ricardo García Villalobos hatte gar behauptet, mittlerweile würden zehn Prozent der Agrarfläche Mexikos für den Drogenanbau verwendet. Wenig könne dagegen getan werden, da es keine entsprechenden Regierungsprogramme gäbe und die Bauern aufgrund ihrer Armut zur „Vermietung“ ihrer Flächen an die Drogenmafia gezwungen seien. Auswirkungen auf die Attraktivität des Investitionsstandortes Mexiko befürchtet inzwischen Calderóns

Finanzminister Agustín Carstens. Auch der neue CEPAL-Bericht 2006 über Auslandsinvestitionen in Lateinamerika und der Karibik teilt diese Besorgnis: „Fehlende Sicherheit ist ein Faktor zunehmender Bedeutung und schränkt neue Auslandsinvestitionen in Mexiko ein“, sagte CEPAL-Chef José Luis Machinea bei der Vorstellung des Berichts. Dies sei nicht nur ein polizeiliches Thema, sondern beeinträchtige das gesamte Funktionieren des Staates!

Kein Wunder, dass sich viele Beobachter an frühere Zeiten in Kolumbien erinnern fühlen. Erst wird das Thema jahrelang heruntergespielt nach dem Motto: „Was schert es uns, wenn sich die Gringos vergiften wollen“, dann greift die vom organisierten Verbrechen ausgehende Korruption um sich und zersetzt Polizei, Justiz und Politik, bildet Schutznetze für die Drogengangster, schließlich ist die Situation außer Kontrolle, während zusätzlich noch der interne Konsum wächst. Und Mexiko hat in vielerlei Hinsicht frühere Positionen kolumbianischer Kartelle übernommen. Der Chef der peruanischen Drogenpolizei etwa, General Carlos Olivo Valenzuela, sieht in seinem Land nun fünf mexikanische „Kartelle“ operieren. 32 Prozent der dann nach Mexiko eingeführten Drogen kämen aus Peru – 55 bis 60 Prozent kämen aus Kolumbien, der Rest aus Bolivien. Nach einem Bericht der amerikanischen Drogenbehörde DEA aus dem vergangenen Jahr erbringt der Drogenhandel in den USA einen Gewinn von rund 48 Milliarden Pesos (etwa 4,8 Milliarden Dollar) – davon entfielen auf die mexikanischen Kartelle rund 17 Milliarden Pesos.

Polizei und Justiz als zentrales Problem

Polizeireform – es gibt in Mexiko viel zu viele nebeneinander existierende Polizeikörperschaften, meist unterbezahlt, schlecht trainiert und defizitär ausgerüstet - und der Militäreinsatz sind zunächst die zentralen Waffen, auf die die Regierung Calderón vertraut: von 33.000 auf 43.000 Mann soll die aus dem Militär rekrutierte Bundespolizei PFP aufgestockt werden, parallel soll sich die Strafverfolgung durch die Justiz verbessern. Allerdings zeigen Vorkommnisse der jüngsten Zeit, dass Militärverbände eben nicht für Polizeiaufgaben ausgebildet sind. Menschenrechtsorganisationen beobachten Mexiko hier sehr genau. Auch dürfte ihr Verbleib in der Fläche die Korruptierbarkeit ähnlich erhöhen, wie man dies aus der Polizei bereits kennt. Zum Militäreinsatz allerdings sieht die Regierung gerade angesichts der Korruptionsanfälligkeit von Polizei und Justiz wenig Alternativen, wie eine spektakuläre Aktion des Ministers für öffentliche Sicherheit, Genaro García Luna, am 25. Juni 2007 zeigte: 284 Führungsfiguren von Bundes- und Steuerpolizei verloren von einem Tag auf den anderen ihre Funktion, unter ihnen die 34 Kommandanten der Bundespolizei in allen mexikanischen Bundesstaaten. Über Jahre, so Minister García Luna, sei nicht hinreichend in die Polizeikräfte investiert worden, denen es nun auf Aufklärungsfähigkeiten mangle, deren operative Einsatzfähigkeit Defizite aufweise und die zudem über keine vertrauensvollen Bindungen zu den Bürgern verfügten. Schon die Gehaltssituation der Polizisten allerdings spricht dagegen, dass sich an dieser Lage schnell etwas ändert: Zwischen 140 und 280 Euro im Monat verdient ein durchschnittlicher Polizeibeamter, geradezu eine Einladung, diese Summe durch „Nebenverdienste“ aufzustocken.

Für Sergio Aguayo, einen langjährigen Beobachter der Szene, ist der Verlauf klar: „In den armen Gegenden rekrutiert das Heer, übernimmt Erziehungs- und Weiterbildungsaufgaben, zahlt aber niedrige Gehälter. Um die Kasernen streichen dann Firmen und Drogenkartellen, um die Besten und Brillantesten für sich zu gewinnen. ... Die Deserteure entwickeln sich dann zu gedungenen Mördern, die gleichzeitig das

Funktionieren und die Operationsweisen der Sicherheitskräfte gut kennen und die gleiche Sprache sprechen.“ Bewaffnete Mörderbanden wie die sogenannten *Zetas* („... eine neue Generation von *sicarios*“, so die Zeitung *El Universal* über den „bewaffneten Arm“ des Golf-Kartells) oder *Los Valencia* profitieren dann davon. Ihre Rekrutierung von ehemaligen guatemaltekischen Elite-Soldaten, den sogenannten *kaibiles* war schon früher nachgewiesen worden. Nach Angaben der mexikanischen Generalstaatsanwaltschaft sind sie mittlerweile in mindestens 13 mexikanischen Bundesstaaten aktiv. Ganz zentral für die Bekämpfung der Drogenkartelle aber wird es sein, deren „Schutznetze“ – bestehend auch aus hohen Polizei-, Militär- und Regierungschargen auf unterschiedlichen Ebenen – zu knacken, wie es etwa der Informationsdienst „Análisis Política“ fordert. Hier dürfte sich auch zeigen, ob die spektakuläre Anfangsoffensive des Staates trägt und Erfolge sichern kann. Auch wird es ohne eine Flankierung durch soziale Maßnahmen und solche im Agrarbereich, die den Drogenanbau wirkungsvoll unterbinden, nicht gehen.

Sorgenkind Menschenrechte

Mit dieser Gewalt eng verbunden sind weitere besorgniserregende Aspekte. Auch wenn sich die Lage im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca oberflächlich etwas beruhigt hat und weniger öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht, bleibt die Lage der Menschenrechte in Mexiko ein Sorgenkind. Zwar wird Mexiko allgemein bescheinigt, vor allem bei der Unterzeichnung entsprechender internationaler Abkommen vorbildlich zu sein und auch die Arbeit von Menschenrechtskommissionen erheblich erleichtert zu haben, bei der Umsetzung allerdings hapere es noch gewaltig.

Zu Beginn des Jahres 2007 geriet insbesondere die erschreckende Bilanz der Gewalt gegen Journalisten wieder in den Blickpunkt. Von den 150 Medienvertetern, die 2006 weltweit der Gewalt zum Opfer fielen, kamen immerhin zehn aus Mexiko. Dies teilte die Internationale Journalistenvereinigung FIP mit und forderte die mexikanische Regierung auf, mehr zum Schutz von Journalisten zu unternehmen. Aidan White, Generalsekretär der FIP: „Was in Mexiko passiert, hat ein intolerierbares Niveau erreicht und ist eine Gefahr für die Demokratie und die Zukunft des Landes.“ (*Reforma*, 7.2.2007) Besonders besorgniserregend sei, dass die Täter so gut wie immer straffrei davon kämen. Die Organisation, die weltweit 500.000 Journalisten in 164 nationalen Vereinigungen repräsentiert, verglich die Situation des investigativen Journalismus in Mexiko sogar mit dem Irak, wo im vergangenen Jahr 69 Journalisten ermordet wurden. Neben dem Irak liegen nur noch die Philippinen mit 13 Toten in der Mordstatistik vor Mexiko. „Im Gegensatz zu Kolumbien, Venezuela oder Peru, wo es politische Spannungen gibt, hätten wir dies für Mexiko nicht erwartet“, sagte White.

Mit einer Anschlagwelle macht zudem die mexikanische Guerilla erneut von sich reden: 12. Sprengladungen legte mutmaßlich und nach eigenem Bekunden das *Ejercito Popular Revolucionario* (EPR) Mitte September an Gasleitungen des staatlichen Ölkonzern von PEMEX und demonstrierte die Anfälligkeit des Systems: Gewaltige Produktionsausfälle der Industrie in zahlreichen Bundesstaaten waren die Folge. Von rund 70 Millionen Euro täglich ist die Rede, für länger als eine Woche. EPR war 1996 erstmalig in Guerrero in Erscheinung getreten, dem Hauptanbaugebiet des Heroingrundstoffs Amapola in Mexiko und Operationsgebiet der Drogenkartelle. Früher in den siebziger Jahren war dort schon eine lokale Guerilla unter dem Lehrer Lucio Cabañas aktiv. Später weitete die Organisation ihre Aktivitäten auf Oaxaca und Chiapas aus– dort in heftiger Konkurrenz mit den *Zapatistas* des EZLN - jetzt scheint eine weitere Expansion gelungen. Dass man mit dem Anschlag auf Leitungssysteme die

kolumbianische ELN kopiert, lässt auch andere Spekulationen realistischer erscheinen: sollte auch in Mexiko der *Narcotráfico* daran interessiert sein, durch Guerillaaktivitäten seine Interessen zu schützen, parallel zur direkten Auseinandersetzung mit dem Staat, zu Korruption und Erpressung? Die guten Insiderinformationen zur Positionierung der Bomben legen Spuren noch in andere Richtungen: Sollte es innerhalb von PEMEX Akteure geben, die einmal zeigen wollen, was etwa im Falle einer Privatisierung des Unternehmens drohen könnte?

Offiziell klingt die EPR-Begründung allerdings anders: man verlange „Lebenszeichen“ der beiden in Oaxaca verhafteten EPR-Führer Edmundo Reyes Amaya und Gabriel Alberto Cruz Sánchez: „Vivos se los llevaron, vivos los queremos“, so ein Komunique, das versucht, Verbindungen zum „schmutzigen Krieg“ im Mexiko der 70er Jahre herzustellen, zur Zeit der Regierungen Díaz Ordaz und Echeverría. Das Ziel: die Deligitimierung der jetzigen demokratischen Regierung. Dazu passen dann Erklärungen etwa von PRD-Senator Ricardo Monreal, der die Terroranschläge als Reaktion von Verzweifelten beschreibt, denen demokratische Partizipationskanäle verschlossen seien und die sonst keinen Ausweg wüssten. Eine gefährliche Argumentation! Kommentar Ricardo Rocha spricht von einer Demonstration des „México bronco y violento“, eine Beschreibung wohl auch einer Situation der Ungleichzeitigkeit: ein modernisiertes OECD-Mitglied Mexiko, ein Land aufstrebender Industrie- und Finanzmetropolen auf dem Weg der Transition hier, ein vergessenes, verarmtes, ländliches und gewaltbereites Mexiko dort, nicht nur in Guerrero, Chiapas und Oaxaca.

Die „Dinosaurier“ sind zurück

In diesem Gesamtpanorama ist auch die aktuelle Lage der politischen Parteien in Mexiko zu beurteilen. Politisch profitiert hat nach ihrer verheerenden Wahniederlage 2006 von der bisherigen Regierungszeit Calderóns vor allem die PRI. Geschickt hat sie Kapital aus der Situation geschlagen, dass der Präsident allein über keine Mehrheit verfügt, als Zünglein an der Waage tragen viele Regierungsvorhaben ihre Handschrift. Das beginnt in der Außenpolitik – etwa bei der Revision der mexikanischen Haltung zu den Menschenrechtsverletzungen auf Kuba und einer diplomatischen Wiederannäherung an Venezuela- , zeigt sich bei der Steuerreform und findet seinen Niederschlag bei den dargestellten Änderungen von Wahlrecht und Wahlsystem. Eine am 27. August veröffentlichte Umfrage der Zeitung *El Universal* ergab zwar, dass sich die PAN unter den mexikanischen Parteien derzeit der höchsten Zustimmung der Wähler erfreut. 43 Prozent der Befragten gaben der Partei eine gute bzw. sehr gute Note, bei der PRI waren es in der gleichen Kategorie 33 und bei der PRD 17 Prozent. Auffällig ist allerdings, dass die PAN gegenüber Januar in dieser Kategorie vier Punkte einbüßte, während die PRI zehn Punkte gewinnen konnte. Die PRD, die eindeutig als wichtigste Oppositionspartei wahrgenommen wird, verlor drei Punkte.

Die Ergebnisse der Regionalwahlen des laufenden Jahres sprechen eine deutliche Sprache zugunsten der *Tricolor*. Die „Dinosaurier“ sind zurück – unter dieser Überschrift rubrizieren viele mexikanische Medien schon Anfang des Jahres den Sieg von Ivonne Ortega Pacheco von der PRI, die in einer Koalition mit der „grünen“ PVEM als neue Gouverneurin den Bundesstaat Yucatan zurückeroberte, der der Partei 2001 erstmalig nach jahrzehntelanger Alleinherrschaft verloren gegangen war. Gleichzeitig war das Ergebnis eine schwere Schlappe für die Regierungspartei PAN. Ortega Pacheco gewann mit rund 50 Prozent der Stimmen, auf den PAN-Kandidaten Xavier Abreu Sierra entfielen gerade einmal knapp 43 Prozent. Noch Anfang des Jahres gaben Umfragen der PAN einen soliden Vorsprung von rund 20 Prozent! Verloren gegangen

ist nun auch die einzige PAN-Bastion im Südosten Mexikos, wo Präsident Felipe Calderón noch bei den Präsidentschaftswahlen 2006 mit deutlichem Abstand triumphieren konnte. Verloren ging der PAN auch die Mehrheit der Bürgermeisterposten des Bundesstaates und im lokalen Parlament.

Einen weiteren Sieg verbuchte die PRI ausgerechnet im krisengeschüttelten Oaxaca: Bei den Wahlen zum regionalen Kongress siegte die Partei von Ulises Ruiz auf der ganzen Linie: in allen 25 Wahlbezirken setzten sich die Direktkandidaten der PRI durch. Fast 65 Prozent der Wahlberechtigten allerdings blieben den Urnen fern. Dies ermöglichte es in erster Linie, dass der harte Kern der Stammwähler der PRI dem umstrittenen Gouverneur einen Wahlsieg ermöglichte, den dieser nun landauf landab als Legitimation seiner Politik zu verkaufen trachtet. So gestaltete sich die Strategie des Wahlboykotts und der Protestwahl, des sogenannten *voto castigo* seitens der radikalen Protestbewegung APPO und Mitgliedern der Sektion 22 der örtlichen Lehrgewerkschaft als absolut kontroproduktiv. Auch hat die Gewaltbereitschaft dieser Gruppen sicher zu ihrer Delegitimierung in der Bevölkerung beigetragen, die klare wirtschaftliche Nachteile verspürt: Auch in diesem Jahr konnte das populäre Volksfest Guelagueta nur mit großen Einschränkungen stattfinden, ein weiterer schwerer Schlag für den Tourismus in Oaxaca. Bei allem Zorn auf den Gouverneur und seine Partei zeigte sich zudem, dass viele Menschen in Oaxaca auch in den Oppositionsparteien keine ansprechende Alternative sehen.

Allgemein wird so die Wahlenthaltung als klare Absage an alle Parteien und alle Konfliktfraktionen interpretiert. Für Isidoro Yescas von der *Universidad Autónoma Benito Juárez de Oaxaca* ist der Fall klar: "Das schwerwiegendste an diesem Wahlprozess ist weder die Niederlage der PRD noch der Sieg der PRI, sondern die Wahlenthaltung. Sie zeigt, dass die Gesellschaft sich im Parlament nicht mehr vertreten fühlt, sondern neue Organisationsformen sucht."

Einen Rückschlag musste die PAN auch bei den Kommunal- und Kongresswahlen im Bundesstaat Aguascalientes hinnehmen, wo man erstmals nach zwölf Jahren den Bürgermeisterposten in der Hauptstadt des Bundesstaates abgeben musste. Der PRI gelang es, viele Stimmen zurückzugewinnen, die man seit 1995 verloren hatte. Von den elf Gemeinden, in denen gewählt wurde, konnte die PRI fünf erobern, die mir ihr verbündeten *Grünen* zwei, für die PAN blieben lediglich vier Gemeinden. Das neue Regionalparlament sieht die PRI mit 14 Sitzen als stärkste Partei, auf die PAN entfielen 10 sowie auf PRD, *Convergencia* und *Grüne* jeweils ein Mandat.

Noch deutlicher wird der PRI-Aufschwung an den jüngsten Wahlergebnissen im Bundesstaat Veracruz. Hier gewann sie 155 von 212 zur Wahl stehenden Bürgermeisterposten, die PAN errang 31, die PRD 15. Bei den Direktwahlkreise zum regionalen Parlament gewann die PRI 28 von 30 Sitzen, die PAN die restlichen zwei (vorher 14). Während sich PAN und PRD nicht nur auf Gemeindeebene mehr als halbierten und wichtige Bastionen räumen mussten, verdoppelte die PRI ihren Anteil. Vor allem ihrem Gouverneur Fidel Herrera Beltrán ist es dabei gelungen, eine große Koalition zustande zu bringen, die auch die PANAL von Lehrgewerkschaftsführerin Elba Esther Gordilla, die *Grünen* und die *Sozialdemokratische Allianz* einschloss, zum Teil also Bündnispartner, auf die die PAN anderswo noch setzen konnte.

Der Wähler differenziert

Immerhin: Bei den Wahlen in Baja California konnte die PAN ihre Vormachtstellung behaupten und den Gouverneursposten verteidigen. José Guadalupe Osuna Millán vom PAN-geführten Bündnis „Alianza por Baja California“ setzte sich mit rund sieben Prozent Vorsprung – vorausgesagt worden war ein überaus knappes Rennen – und über 50 Prozent der abgegebenen Stimmen klar gegen den PRI-Kandidaten Jorge Hank Rhon, den bisherigen Bürgermeister von Tijuana durch. Für die PAN hat Baja California eine besondere symbolische Bedeutung: Hier gelang es der Partei 1989 erstmalig, einen Gouverneursposten zu erringen, die folgenden 18 Jahre regierte man ununterbrochen, wenn auch nicht immer erfolgreich. Gravierende Probleme des Bundesstaates, allen voran die Macht der organisierten Kriminalität, trüben das Bild.

Der Wahlkampf selbst hatte sich durch heftige Konfrontationen und eine ganz spezielle Gemengelage ausgezeichnet, weshalb die Niederlage die PRI auch nicht als Gesamtpartei trifft. Das lokale Wahlgericht hatte ihren Kandidaten wegen Ämterinkompatibilität – er kandidierte aus dem Bürgermeisteramt von Tijuana heraus – von den Wahlen ausgeschlossen, eine Entscheidung, die später vom Bundeswahlgericht revidiert wurde. Auch werden Hank Rhon – aufgrund seines Besitzes zahlreicher Spielkasinos einer der reichsten Männer Mexikos – immer wieder zweilichtige Verbindungen nachgesagt. Spektakulär in diesem Zusammenhang die komplette Entwaffnung seiner lokalen Polizeikräfte durch Bundespolizei und Militär, als dieses im Rahmen der Anti-Drogenoffensive der Regierung Calderón in Tijuana einrückte. Auch für viele PRIistas, allen voran die Parteivorsitzende Beatriz Paredes, war die eigene Partei in Baja California kaum eine Option, verkörpert sie doch all das, was man mit der alten PRI seit Jahrzehnten in Verbindung bringt. Entsprechend konnte der Kandidat auch nicht auf Unterstützung der Bundespartei bauen. Auch in den wichtigsten Städten des Bundesstaates und im Kongress gab es einen Sieg der PAN.

Wie bei den anderen Regionalwahlen gab es auch in Baja California mit 41 Prozent eine ausgesprochen schwache Wahlbeteiligung. Eine Teilerklärung dabei mag sein, dass viele in Baja California registrierte Wähler längst nicht mehr dort wohnen, sondern ihren Lebensmittelpunkt nach nördlich der Grenze in die USA verlegt haben. Ganz eindeutig ist allerdings, dass die Wähler im heutigen Mexiko differenziert, dass sich keine Partei sicher sein kann, einmal gewonnene Bastionen automatisch zu behaupten. Wechselwähler zeigen sich auch hier immer stärker, je nachdem, ob sie Kandidaten und Parteien mit ihren Programmen überzeugend finden oder nicht. Wahlenthaltung ist ihnen dabei längst eine pragmatische Option, ihren Unmut auszudrücken.

Sympathiewerte auf nationaler Ebene etwa lassen keinerlei Rückschlüsse auf regionale Wahlergebnisse zu: Die steigende Popularität von Felipe Calderón, 2007 in regelmäßigen Umfragen etwa der Zeitung *El Universal* ablesbar, bringt den lokalen PAN-Kandidaten keineswegs einen überragenden Bonus ein. Anders als in Deutschland scheint der mexikanische Wähler Regionalwahlen nicht dazu zu nutzen, die Bundesregierung zu prämiieren oder abzustrafen. Zudem rumort es in der Präsidentenpartei, die sich mit den veränderten Verhältnissen und ihrer Rolle als Säule einer Regierung schwertut, die sich ihre Mehrheiten über Parteigrenzen hinaus von Fall zu Fall besorgen muss. Gerade PAN-Traditionalisten aus konservativ-katholischem Milieu mahnen größere Klarheit etwa in „Wertefragen“ an, Initiativen zur Gründung einer neuen Partei sind im Gange. Viele werfen dem Umfeld des Präsidenten vor, zu sehr in die Partei hineinzuregieren, einen diesbezüglichen Höhepunkt stellte die Annullierung der Wahlen zum Vorstand der Jugendorganisation *Acción Nacional* durch den Parteivorstand dar.

Momentan positionieren sich unterschiedliche Lager für die Wahl des neuen Parteivorsitzenden der PAN auf nationaler Ebene, die im März 2008 erfolgen wird. Hier stehen sich die Gefolgsleute des jetzigen Parteivorsitzenden Manuel Espino Barrientos und die des Präsidenten Felipe Calderón ziemlich unversöhnlich gegenüber, allerdings mit vielen PANistas zwischen den Fronten, die sich in dieser Rolle herzlich unwohl fühlen. Einen ungunstigen Vorgeschmack auf die Monate internen Wahlkampfes, die da noch kommen, lieferte im Juni der Parteitag der PAN in Guanajuato mit seinen Wahlen zum Nationalrat der Partei, dessen 371 Mitglieder über den Vorsitz entscheiden. Hier sah sich der amtierende Parteivorsitzende heftigsten Unmutsäußerungen der Delegierten gegenüber, die nicht nur von seinen Anhängern als „orchestriert“ angesehen wurden – gleichwohl in der Geschichte der PAN eine seltene Form der Auseinandersetzung.

Da müsse es doch, so etwa der ehemalige PAN-Senator für Chihuahua, Javier Corral, einen dritten Weg geben. Zwar müsse, so Corral, der Präsident intelligent unterstützt werden, gleichwohl dürfe die Partei nicht zum Instrument in der Hand des Präsidenten werden. Diese Sorge einer „PRIisierung der PAN“ teilen viele in den „blauen Reihen“. Die Partei, so diese Meinung, verändere sich nach und nach zum Negativen: es gehe heute weniger darum, geeignete und Programm-afine Kandidaten aufzustellen, sondern darum, solche zu finden, deren ausschließliches Verdienst es sei, populär zu sein und Wählerstimmen zu garantieren, wie auch immer. Auf die Regierungsarbeit allerdings und die Unterstützung, die der Präsident bisher von den PAN-Parlamentariern erfuhr, hatten solche *Interna* keinen Einfluss. Alle Initiativen konnten auf deren volle Unterstützung bauen.

PRD-Niedergang setzt sich fort

Aufmerksamkeit verdient das desolatte Abschneiden der Linkspartei PRD bei allen Regionalwahlen des Jahres 2007. In Baja California kam die Partei nur auf rund zwei Prozent der Stimmen, in Aguascalientes blieb sie bedeutungslos, in Oaxaca verlor sie – im Vergleich zu den Präsidentschaftswahlen von 2006 – rund 80 Prozent der damals erzielten Stimmen. Zerstritten präsentierte sich die Partei gerade in Oaxaca, wo sie sich einen als undemokratisch angesehenen Prozess der internen Kandidatenauswahl leistete. Dieser führte folgerichtig zu Abspaltungen und Kandidaturen von PRD-Leuten auf anderen Wahllisten, zum Beispiel der von *Nueva Alianza*. In Veracruz halbierte sie ihre bisherigen Anteile.

Für die PRD reihen sich diese Niederlagen ein in eine Serie von Rückschlägen: Chiapas, Tabasco, Yucatan, Zacatecas – seit dem historisch hohen Wahlergebnis von Mitte 2006 führt die Konfrontationsstrategie die Partei in eine tiefe Krise. Längst sprechen Kommentatoren von einer Selbstmarginalisierung, die die PRD 18 Jahre nach ihrer Gründung und noch mehr das Vehikel „*Frente Amplio Prograssista*“ (FAP) massiv beeinträchtigt und von wirklicher Politikgestaltung in Mexiko auszuschließen droht.

Einstweilen sieht es gleichwohl nicht so aus, als ob man sich aus der babylonischen Gefangenschaft der Politikvisionen Andrés Manuel López Obradors (AMLO) befreien kann und will. Massive Protestdemonstration seiner „Convención Nacional Democrática“ (CND) zelebrierten am 1. Juli 2007 auf dem hauptstädtischen Zócalo den Jahrestag der Wahl vom 2. Juli 2006, bei denen AMLO erneut jeden Dialog mit der Regierung ausschloss und eine Beteiligung an konkreten Reformprojekten wie der Steuerreform ablehnte. Den Wahlkampf des vergangenen Jahres hat er für sich in einem gerade erschienenen Buch aufgearbeitet, das den bezeichnenden Titel trägt: „Die Mafia hat uns die Wahlen gestohlen“.

Währenddessen hat er fast 30 Reisen absolviert, bei denen zehn Bundesstaaten und rund 500 Gemeinden besucht wurden. Seine Doppelstrategie - politische Arbeit seitens der FAP, „soziale Mobilisierung“ seitens der CND - ist bisher nicht aufgegangen. Sein Schattenkabinettt war bisher in der Tat nur ein Schatten ohne eigene Alternativen. „Ihre tribalen und *caudillistischen* Strukturen“, so die Einschätzung des Hintergrunddienstes *Seminario Político*, „limitierten das Wachstum der Partei, die Führerfixiertheit behindert die institutionelle Aktion. Darüber hinaus sind die programmatischen Vorschläge für das Land antiquiert und nicht auf der Höhe dessen, was zum Beispiel international auf der Linken gedacht wird.“ Der *Caudillo*, so der Dienst weiter, beeinträchtigt die Partei zudem durch den Aufbau von Parallelstrukturen, die nur auf persönliche Loyalitäten zu ihm selbst aufgebaut seien. Mexiko aber sei mit einer pulverisierten Linken ohne klaren Kurs und zeitgemäße Vorschläge nicht gedient. Dies sieht auch Jesús Ortega, der Chef der pragmatischen Parteifraktion „Chuchos“, so und ist davon überzeugt, dass die Linke auch an Wahlen denken muss: Volle Plätze sind noch keine vollen Urnen.

Der nationale Parteikongress von Mitte August brachte da keine Wende, im Gegenteil. Zwar bezeichnet sich die PRD jetzt als „moderne plurale sozialistische Linkspartei“, trotz Formelkompromissen aber prallten die Parteiflügel hart aufeinander. Die Mehrheit fand sich dabei allerdings bei den sogenannten „chuchos“ des Flügels „Nueva Izquierda“, die im Gegensatz zu den Anhängern von Andrés Manuel López Obrador (AMLO) eher einen pragmatischen Weg in die Zukunft suchen. Deutlich wurden die Kräfteverhältnisse, als der Parteitag über die Haltung ihrer Parlamentarier anlässlich der bevorstehenden Regierungserklärung des Präsidenten Calderón, den sogenannten *informe* abstimmte: Kein Dialog mit und keine Anerkennung der Regierung, lautet weiterhin die Marschrichtung, allerdings mit Nuancen. Auch zeigte die Wahlreform, wieviel Gemeinsamkeit und Pragmatismus gerade zwischen Parlamentariern dann doch möglich wird. Die Wahl eines neuen Parteivorsitzenden im kommenden März, wo sich Jesús Ortega von den „chuchos“ und Alejandro Encinas, der zwischenzeitliche Amtsnachfolger AMLOs in der Hauptstadt gegenüberstehen, wird nun möglicherweise zum Test für die weitere Entwicklung der Partei.

Ungeklärt bleibt auch das Verhältnis der Partei zur *Frente Amplio Prograssista* (FAP) mit PT und *Convergencia*, ebenso wie zur *Convención Democrática Nacional* (CND), in der AMLO eine auf ihn zugeschnittene Parallelstruktur aufgebaut hat. Die Streitigkeiten in der FAP sind mit Händen zu greifen, die Beteiligung der verschiedenen Parteien in unterschiedlichen und konkurrierenden Wahlallianzen bei den regionalen Entscheidungen des laufenden Jahres sind dafür deutlicher Beweis. Weder von einer Front noch von einer Breite noch von einer progressiven Richtung könne die Rede, hönen mittlerweile Kritiker. Für Ricardo Alemán und andere Beobachter etwa sind die beiden Parteien PT und *Convergencia* „richtige politische Söldner, Besitzer von politischen Familienbetrieben, die sich Parteien nennen, von öffentlichen Geldern leben und sich ansonsten an den Meistbietenden verkaufen“. Für *Convergencia* scheint dies momentan auch ein Verlassen der *Frente* einzuschließen: beim Kompromiss der großen Parteien zur Wahlrechtsreform stimmten ihre Vertreter im Senat gegen ein Ergebnis, das auch von ihren Partnern in der PRD als großer Erfolg gefeiert wurde.

Fragt sich noch, worauf Andrés Manuel López Obrador setzt und wie sich letztlich Hauptstadtbürgermeister Marcelo Ebrard positioniert. Für ersteren muss es darauf ankommen, dass die Regierung Calderón möglichst schnell an Unterstützung verliert,

dass sie wichtige Politikvorhaben nicht durchsetzen kann und vom Wähler als erfolglos eingestuft wird. Je schlechter die Lage des Landes, umso besser für mich, mag sich AMLO denken. Für Ebrard gilt dies allerdings nur bedingt: er ist, gerade in finanzieller Hinsicht, auf eine prosperierende Wirtschaft angewiesen, seine Eintrittskarte für höhere Weihen ist eine nachweisbar erfolgreiche Arbeit in exekutiver Position, durchaus auch im Kontrast zur nationalen Regierung. Gegen diese allerdings wird dies kaum zu erreichen sein. So fährt Ebrard derzeit eine Doppelstrategie: wirtschaftsfreundlich präsentiert er sich einerseits, mit Initiativen gegen den informellen Sektor in der Innenstadt und hartem Vorgehen gegen Kriminalität, andererseits bindet er die PRD-Gefolgschaft bei „weichen“ Themen wie der Legalisierung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften und Gesetzgebungen zur Erleichterung der Abtreibung aus sozialen Gründen. Die sich daraus ergebende Polarisierung gerade mit der PAN nimmt er gerne in Kauf, gibt sie ihm doch die Chance, den Gegner als ewig gestrig, kirchentreu-klerikal und noch dazu frauenfeindlich zu brandmarken. Für beide allerdings ist der Weg bis 2012 noch lang. Und wie für ihre politischen Gegner in den anderen Parteien führt er erst einmal über die Zwischenwahlen zum Abgeordnetenhaus im Jahre 2009.

Frank Priess